

Offener Brief
An die
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien

Berlin, 26.01.2009

Frauen trotz Konjunkturkrise vor Gewalt schützen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,

mit Interesse haben wir die politischen Diskussionen zum zweiten Konjunkturpaket zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise verfolgt. Wir betrachten jedoch mit großer Sorge, dass der gesamte soziale Bereich in diesem Maßnahmenpaket keine Rolle spielt.

Der bff ist der Dachverband der ambulanten Beratungseinrichtungen, die gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen Hilfe und Unterstützung anbieten und zur Prävention geschlechtsbezogener Gewalt arbeiten.

Gewalt gegen Frauen stellt ein großes gesellschaftliches Problem dar: laut einer repräsentativen Untersuchung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird jede 4. Frau einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt durch ihren (Ex)-Partner, jede 7. Frau erlebt strafrechtlich relevante sexuelle Gewalt. Die gesellschaftlichen Folgekosten dieser Gewalt sind immens, z.B. durch Arbeitsausfälle, Behandlung von Verletzungen und Traumata, Polizei- und Justizkosten, Jugendhilfemaßnahmen, etc. Nicht zu vergessen sind die Auswirkungen von häuslicher Gewalt auf Töchter und Söhne der betroffenen Frauen.

Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen leisten gemeinsam mit den Frauenhäusern die Beratung und den Schutz von Frauen und ihren Kindern, damit Betroffene sich aus Gewalt-situationen befreien und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Wir freuen uns sehr, dass die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturpaket Maßnahmen gegen drohende Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftsrezession ergreift. Die allermeisten Frauenberatungseinrichtungen werden durch freiwillige Leistungen von Ländern und /oder Kommunen finanziert, wobei in der Regel ein beträchtlicher Eigenanteil durch Spenden und Sponsoring erbracht werden muss. Durch die drohende Wirtschaftskrise ist ein Einbruch an Spendengeldern und vor allem an Sponsoring durch Unternehmen absehbar. Weiterhin befürchten wir, dass Länder und Kommunen ihren Anteil an der Finanzierung des Konjunkturpaketes decken, indem Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich gemacht werden. Solche Einsparungen würden zu Stellenkürzungen und zu einer Verschlechterung des Beratungsangebotes für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen führen.

Wir bitten Sie deshalb, bei den weiteren Beratungen über die Konjunkturmaßnahmen folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Länder und Kommunen sollten aufgefordert werden, konjunkturelle Maßnahmen nicht durch Einsparungen bei Frauenberatungseinrichtungen mitzufinanzieren. Die Beratung und der Schutz von Gewaltbetroffenen spart langfristig immense Kosten ein und stellt eine lohnende Investition dar.
- Drohende Ausfälle an Spenden und Sponsorengeldern bedrohen die Existenz von Frauenberatungseinrichtungen. Wir schlagen analog zu anderen eingerichteten Schutzschirmen einen ‚Schutzschirm für Frauenberatung‘ vor, durch den diese Ausfälle ausgeglichen werden können.
- Gemessen an den Summen, die für die Rettung der Konjunktur eingesetzt werden müssen, können in diesem Arbeitsfeld mit vergleichsweise geringen Mitteln große Erfolge erzielt werden. Wir schlagen deshalb vor, die finanzielle Ausstattung der Frauenberatungseinrichtungen zu erhöhen. Angesichts der prekären Personalsituation vieler Beratungseinrichtungen würden solche Mittel unmittelbar in sozialversicherungspflichtige Stellen investiert.

Uns ist bewusst, dass aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik die Bundesregierung momentan nur geringen Einfluss auf die Ausgestaltung des Arbeitsfeldes Frauenberatung hat. Wir bitten Sie dennoch herzlich, die momentane Krise als Chance zu nutzen, alle vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen und gemeinsam mit Ländern und Kommunen an praktikablen Lösungen für diesen Bereich zu arbeiten.

Denn wir sind uns sicher: unser gemeinsames Ziel ist die Chance auf ein gewaltfreies Leben aller Frauen in Deutschland.

Gerne stehen wir für ein Gespräch zur Verfügung, um Ihnen unsere Vorschläge genauer zu erläutern.

Freundliche Grüße

Heidrun Brandau und Katja Grieger

Geschäftsstelle

**Bundesverband Frauenberatungsstellen
und Frauennotrufe // Frauen gegen Gewalt e.V.**
Rungestraße 22-24 // 10179 Berlin
t: 030/32 29 95 00 // f: 030/32 29 95 01
m: info@bv-bff.de
www.frauen-gegen-gewalt.de